

GEWERBE AKTUELL - Die Baumeister haben genug Arbeit, verdienen aber viel zu wenig. **4**

WIRTSCHAFT & POLITIK - Für Gewerbe und Landwirtschaft braucht's unbedingt gleich lange Spiesse. **5**

BERUFSWETTBEWERBE - Meisterschaften der jungen Elektriker, Maler/Gipser und Gastrofachleute. **6/7**

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

Die Wochenzeitung für KMU

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Auf den Hund gekommen

Erfreuliches trug sich diese Woche im Nationalrat zu. Das eidgenössische Hundegesetz wurde bachab geschickt und ist damit definitiv auf den Hund gekommen. Auslöser war nicht zuletzt auch die Tatsache, wonach sich Ständerat und Nationalrat auf kein griffiges Konzept einigen konnten. Die einen wollten einen zentralistischen Ansatz, die anderen bevorzugten vielmehr die Festlegung von Minimalstandards mit einem möglichst grossen Freiraum zu Gunsten der kantonalen Umsetzung. Inhaltlich hat sich der sgv selbstredend nie zur Vorlage geäussert, stehen doch diese Fragen nicht gerade zuoberst auf unserer Traktandenliste. Trotzdem ist der Entscheid erfreulich und soll von uns in zweifacher Hinsicht gewürdigt werden.

Erstens hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, wonach der Entwurf eigentlich nichts Neues brachte und die meisten Regeln bereits in bestehenden Gesetzen festgeschrieben sind. Nach gewalteter Diskussion hat sich dies der Rat eingestanden und ist nicht der Versuchung erlegen ein unnötiges Gesetz zu schaffen.

Zweitens ist es ausserordentlich bemerkenswert, dass sich diese Einsicht quasi in letzter Minute dank eines Rückkommensantrags aus dem SP-Lager durchsetzen konnte. Für einmal hat sich die Linke zusammen mit den Bürgerlichen und gegen den Willen der CVP für liberale Weitsicht entschieden. Leider entspricht dieses Ereignis nicht so sehr dem politischen Alltag in Bundesbern. Vielmehr wird munter legifertiert, reglementiert und reguliert. Die Konsequenzen sind bekannt, laut Schätzungen des sgv sind die Regulierungskosten heute auf rund 50 Milliarden Franken zu beziffern. Dadurch wird das Wirtschaftswachstum in der Schweiz behindert und die Schaffung neuer, innovativer Arbeitsplätze eingeschränkt.

Das Parlament hat an dieser Vorlage fast fünf Jahre herumgebissen. Erst am Schluss hat es die Kernfrage nach der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen gestellt und sich für letztere ausgesprochen. Aus dieser leidvollen Erfahrung gilt es nun Lehren zu ziehen: Die grossen Linien - so etwa die Frage nach dem Föderalismus - müssen stets Vorrang haben, die Details lassen sich später regeln. Nur so kann man vermeiden, dass im Volk das Gefühl entsteht, «die in Bern» hätten einmal mehr für die Katz' gearbeitet.

BERNISCHE LEBENSMITTELKONTROLLE - Der Simmentaler Drogist Peter Eberhart landete im kantonalen Parlament einen Budget-Coup der Sonderklasse.

1:0 gegen die Bürokratie...

Peter Eberhart steht als Drogeriebesitzer in Erlenbach Tag für Tag im engen Kontakt mit seiner Kundschaft. Als Mitglied des kantonalen Parlaments wird der Berner Oberländer zudem häufig mit Anliegen konfrontiert, die aus der Bevölkerung an ihn herangetragen werden. «Bei uns im Simmental ist ein Grossrat noch heute ein kleiner Ombudsmann», schmunzelt der 55-jährige Gewerbler. So wurde er auch prompt angesprochen, als am Wochenmarkt im nahen Boltigen kantonale Lebensmittelkontrolleure mit kleinteiligen Bussen für böses Blut sorgten. Da musste eine Bäuerin 95 Franken abliefern, weil auf der Etikette ihrer Konfitüre der Zuckergehalt nicht angegeben war. An einem anderen Stand wurde der gleiche Betrag fällig, weil die in der Auslage gemessenen Temperaturen nicht protokolliert worden waren.

Kontrolleure als Abzocker

Eberhart wollte die «Schikanen» auf keinen Fall tatenlos hinnehmen. «Es darf nicht sein, dass die Kontrolleure solche Bagatellen verfolgen, sie haben für Volksgesundheit zu sorgen und nicht solche «Chalberien» zu veranstalten.» Bei seinen Recherchen fand er heraus, dass die kantonale Lebensmittelkontrolle 2009 bei



Hartnäckigkeit lohnt sich: Der Berner Drogist Peter Eberhart

10 000 Inspektionen 6 500 Beanstandungen machte und fast eine Million Franken (von insgesamt 1,5 Millionen) mit kleinen Bussen einnahm. Sein Fazit: Die Lebensmittelkontrolle sei personell überdotiert und habe daher genug Zeit, auch Kleinigkeiten nachzugehen; ihr Hauptziel scheint, Gebühren zu generieren. Dies wiederum falle den Kontrolleuren immer

leichter: «Je grösser die Fülle der Vorschriften, desto grösser ist das Fehlersrisiko für KMU-Betriebe.» Und: «Wenn ein Grossrat solche Verschwendung entdeckt, ist es seine Pflicht, einen Sparantrag zu stellen.»

Erfolg dank Vernetzung

Der BDP-Parlamentarier ging voreerst den üblichen Weg und reichte eine

Motion mit Titel «Gebührenexzesse beenden» ein. Damit strebte er primär die Abschaffung von Gebühren und Bussen für Bagatellvergehen an. Doch dann sah der Präsident des bernischen Drogistenverbandes eine weitere Möglichkeit: Im Rahmen der Beratung über das Budget 2011 stellte er den Antrag, den Etat des Kantonslaboratoriums, das die Lebensmittelkontrollen durchführt, um 1 076 530 auf acht Millionen Franken zu senken. Dank uner müdlicher Lobbyarbeit und seiner langjährigen Vernetzung schaffte es der Oberländer, die meisten Bürgerlichen auf seine Seite zu ziehen - und der Rat stimmte mit 84 zu 53 Stimmen zu. Linke und Grüne sahen sich mit einer unerwarteten Niederlage konfrontiert und der sozialistische Gesundheitsdirektor, Regierungsrat Philipp Perrenoud, muss nun wohl oder übel die Million einsparen. Das sind rund acht Vollzeitstellen oder die Hälfte der Kontrolleure.

Peter Eberhart weiss, dass er mit seinem Coup die Bürokratie nicht besiegt hat. «Aber ein Fingerzeig ist es allemal. Man darf eben nicht resignieren, KMU-Entlastung ist schwierig aber nicht unmöglich.»

Patrick M. Lucca

BUNDES-RAT UELI MAURER - Im Interview mit der Gewerbezeitung fordert der VBS-Vorsteher eine gesamtheitliche Diskussion über die Sicherheitspolitik der Schweiz.

«Sicherheit nicht zum Nulltarif»

Grosser Spardruck, eine unklare Bedrohungslage, stetiger Umbau, und Dauerdruck - auch von der eigenen Partei: Verteidigungsminister Ueli Maurer ist um seinen Job derzeit nicht zu beneiden. Im Interview mit der sgv bedauert er denn auch, dass momentan keine gesamtheitliche Diskussion um Sinn und Zweck der Armee stattfindet. Zwar hält der SVP-Magistrat die Schweiz für ein sicheres Land, doch «wir haben Mühe, uns den neuen Bedrohungen anzupassen». Der Kampf um Ressourcen etwa berge ein grosses Konfliktpotenzial, ebenso der Terrorismus oder der sogenannte Cyberwar via Internet.

Standortfaktor «Sicherheit»

Maurer ortet in der Bevölkerung ein grosses Bedürfnis nach Sicherheit und stellt gleichzeitig fest: «Immer mehr Leute sprechen über konkrete Erfahrungen der Unsicherheit.» Da-

bei sei Sicherheit heute ein nicht zu unterschätzender Faktor für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wenn das Land nicht Gegensteuer gebe, so drohten Konkurrenten wie etwa Singapur uns den Rang abzulaufen, was letztlich auch die Wirtschaft gefährden würde, so Maurer. «Die Schweiz muss signalisieren, dass sie bereit ist, ihre Sicherheit zu verteidigen.»

Sicherheit ist nicht gratis

Sicherheit gebe es aber nicht zum Nulltarif. Im Zusammenhang mit dem sicherheitspolitischen Bericht und der breiten Kritik daran meint Maurer: «Am Anfang hatten wir konkrete Szenarien, dann sind sie nach und nach weggefallen, weil man sich heute nicht mehr getraut, Sachverhalte beim Namen zu nennen. Das ist der hohe Preis der politischen Korrektheit.» Man müsse es wieder wagen, mögliche Szenarien konkreter anzusprechen.



Bundesrat Ueli Maurer. Der VBS-Vorsteher wünscht sich eine umfassende Diskussion über die Sicherheitspolitik der Schweiz.

Im Weiteren stellt sich der VBS-Vorsteher ohne Wenn und Aber vor das bewährte Milizsystem, mahnt jedoch: «Der Miliz fehlt die Aufstiegsperspektive. Das muss korrigiert werden.» Das Milizsystem bringe Gleichge-

wicht und Wissen in die Armee ein und sei zudem wenig anfällig für Korruption: «Der Mann kennt sich und teilt die gleichen Werte.» En

SEITE 3